

Andere Prioritäten

Zu: „Wir müssen die Umweltprämie verstärken“, FR-Wirtschaft vom 15.4.

Und wieder eine Stimme aus dem Umfeld der Autolobby, die fordert, mit staatlichen Hilfgeldern den Kauf neuer Fahrzeuge nach Corona zu forcieren.

Wenn die aktuelle Krise irgendwann ausgestanden sein sollte, werden wir uns vermutlich einem Berg von Kosten gegenübersehen, den niemand zur Gänze wird stemmen können. Dann ausgerechnet Milliarden in die Auto- oder Luftfahrtbranche zu pumpen, ist nicht nur der falsche Weg, es ist hochgradig unsozial. Selbst wenn einer der großen Autobauer untergehen sollte (was bei deren Milliardengewinnen wohl nicht passieren wird), ist die Zahl der verlorenen Arbeitsplätze garantiert weitaus geringer, als wenn man all die Kleinunternehmer und Kleinbetriebe pleitegehen lässt. Zudem ist gerade der Automobilssektor ein Antreiber des Klimawandels, auch wenn dieses Thema gerade niemanden interessiert. Selbst wenn man Förderungen nur für Elektrofahrzeuge erhöhen würde – bei deren Ressourcenverbrauch macht das (die Umwelt betreffend) praktisch keinen Unterschied. Auf keinen Fall dürfen wir Stimmen nachgeben, die das nach Corona dringend benötigte Geld auf derart sinnlos verbrennen. Wir müssen Prioritäten setzen. Stefan Plock, Ober-Ramstadt

Verrat war Ehrensache

Zu: „Der Blockwart-Boom“, FR-Panorama vom 6. April

Im Artikel wird mehrfach an das Anschwärzen von Nachbarn, Freunden und Vertrauten bei der Stasi erinnert, als ob es sich um eine typisch „ostdeutsche“ Verhaltensweise handeln würde. Nein, der Blockwart war schon im „gesamtdeutschen“ Nationalsozialismus eine Art niedriger Würdenträger! Und der Verrat an die Gestapo Ehrensache eines echten „Volksdeutschen“!

Elena Ezeani, Bremen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Viren sind abwaschbar, Klimawandel nicht

Zu: „Vom Wert der Zeit“ und „Vergesst den Klimaschutz nicht“, FR-Magazin vom 15. April und -Meinung vom 25. März

Nachdenken über Mehrfachbenutzung

Wenn die Corona-Krise vorbei ist, bleibt die Klimakatastrophe. Denn allein definitionsgemäß impliziert eine Katastrophe eine langfristige Entwicklung, während Krisen vorübergehenden Charakters sind. Der Zeitpunkt, sich mit dem „Nach der Krise“ auseinanderzusetzen, ist jetzt.

Olaf Brandt hat in seinem aufweckenden Artikel das gesamtgesellschaftliche Umdenken als Alternative für das „Weiter so“ erörtert. Jeder und Jede, der und die momentan krisenbedingt Zeit hat, sollte sich jetzt schon mit Aspekten des zukunftsgerichteteren Handelns beschäftigen. Konkret am Beispiel des wachsenden Ressourcenverbrauchs und angesichts der Müllberge, die in Deutschland wohl zu einem Fünftel von Krankenhäusern verursacht werden, bedeutet das: Jetzt anfangen, über innovative Mehrfachbenutzung nachzudenken. Dass uns Mutter Erde nicht unendlich Mundschutze bieten kann, sehen wir deutlich. Die Lösung darf nicht sein, in Zukunft wie wild Material zu hamstern. Es muss Alternativen geben (die sich auch wirtschaftlich lohnen!), um diesem Verbrauch vorzubeugen. Aufbereitung ist teuer und personalaufwendig, doch es wird sich für die Welt lohnen. Die sonst verheerenden Folgen sind jetzt schon wissenschaftlich vorausgesagt, auch wenn dies gerade aus dem Blick gerät. Aber Viren sind abwaschbar. Und das sollte in einem Gesundheitssystem der Zukunft mitgedacht werden.

Marlene Thöne, Tübingen

Unsere Spezies macht sich ihre Katastrophen selbst

Beim Coronavirus handelt es sich um eine Zoonose so wie bei allen bisherigen Pandemien. Von der Pest über die Grippe, Zika, Dengue-Fieber, Mers, Sars, Ebola, HIV und viele andere bis zu Corona. Gefährlich wurde es immer dann, wenn das Virus so mutierte, dass es – wie bei Corona – von Mensch zu Mensch übertragen wird. Die Viren wa-

ren so lange für den Menschen ungefährlich, wie sie sich auf Tiere beschränkten.

Hier kommt die moderne Agroindustrie ins Spiel. Die Menschen drängen immer tiefer in die Wildnis vor und kamen dabei mit für sie unbekanntem Tieren und deren Viren in Kontakt. Den Tieren blieb nichts anderes übrig, als auszusterben oder Kulturfolger zu werden wie z.B. die Flughunde, die sich heute von den riesigen Palmölplantagen ernähren. Als die amerikanischen Ureinwohner in Kontakt mit Masern aus Europa kamen bedeutete das für sie ein Massensterben. Ihr Immunsystem hatte keine Antwort auf diese Erreger, keine Zeit zur Bildung einer Herdenimmunität. Vergleichbares geschieht jetzt mit dem Coronavirus. Hinzu kommt die historisch junge Massentierhaltung in den hochindustrialisierten Ländern mit der Züchtung von Lebewesen, zum Teil nur lebensfähig unter permanentem Einsatz von Antibiotika.



Die Menschen selbst haben die hochgefährlichen Zoonosen zu verantworten. Corona wird nicht die letzte Pandemie sein. Und wenn wir unsere Lebensweise nicht von Grund auf ändern, wird es immer wieder einen Wettlauf zwischen der Anpassungsfähigkeit der Viren und der menschlichen Forschung zur Herstellung wirksamer Gegenmittel geben.

Dies ist nicht die einzige hausgemachte, unsere Spezies bedrohende Katastrophe: Kriege, Fukushima, Tschernobyl, und vor allem die Klimakatastrophe mit allem in den Schatten stehenden Folgen für die Menschheit – weniger für unsere Planeten als Ganzes.

Winfried Beck, Offenbach

Es wird keinen Paradigmenwechsel geben

Optimisten, authentische Klima- und Sozialpolitiker*innen, die auf einen längst überfälligen

Paradigmenwechsel in der Wirtschaftswissenschaft und -politik hoffen, sollten gewarnt sein. Es wird ihn nicht geben. Viele Indizien weisen schon jetzt in der Pandemie darauf hin. Nach der Krise wird vieles schnell wieder vergessen werden. Weiter so wie bisher ist die Devise! Nur ein Beispiel: die künftige Luftfahrtwirtschaft. Die Verbraucher*innen werden auch in Zukunft genauso unmündig behandelt werden, wie sich das schon in der Diesellära darstellte. Diesmal legt die Regierung noch eine Schippe drauf und verfügt per Gesetz „Zwangskredite“ der Kunden von Fluggesellschaften in Gutschriftform. Die Luftfahrtindustrie verhandelt zeitgleich, allen voran Lufthansa, über milliardenschwere Staatsbeteiligungen. Die polnische LOT hatte die angeschlagene Condor aufkaufen wollen und Bürgschaften vom Bund gefordert, die abgelehnt wurden. Es darf nicht sein, dass Lufthansa in guten Zeiten Gewinne privatisiert und an die Aktionäre ausschüttet, um in schlechten Zeiten die Steuerzahler für die Verluste geradestehen und gleichzeitig Condor fallen zu lassen und German Wings abzuwickeln.

Wer garantiert denn, dass die ausgeschütteten Zwangsgutscheine für die Verbraucher*innen nach Insolvenz der Fluggesellschaften nicht verfallen? Wen sollen die Condor- und Wings-Kunden dann verklagen? Das sogenannte Corona-Kabinett, die Bundesregierung, die für die Misere verantwortlich zeichnet?

Und wenn schon staatliche Luftfahrtgesellschaften, dann muss wenigstens im Sinne eines klimafreundlichen Luftverkehrs für alle Politiker*innen grundsätzlich Beförderung in Linienflügen gelten. Extraflüge von MdBs und Regierungsmitgliedern sind verboten. Eine Flugbereitschaft der Bundeswehr wird dann überflüssig. Schließlich ist der Bund ja Miteigentümer der Fluggesellschaften – auch von Condor?

Edgar Schulz, Friedland

Diskussion: frblog.de/lehren

Müssen wir nur genug Angst haben, um endlich zu handeln?

Interview mit Hans Joachim Schellnhuber über die Kippelemente des Klimas: „Wir sind ganz nahe an einem Notfall“, FR-Magazin vom 9. April

Die Coronakrise stellt alles auf den Kopf. Maßnahmen, die bis vor kurzem undenkbar waren, werden binnen weniger Tage, teils in seltener Einmütigkeit fast aller Parteien, durchgepeitscht (zumindest hört man wenig Widerspruch). Die Politiker übertreffen sich in immer einschneidenderen Anforderungen an die Bevölkerung, wenn auch leider oft nicht abgestimmt. Die Angst davor, dass solche Maßnahmen der AfD in die Hände spielen könnten, ist, anders als bei Forderungen nach Verboten beim Klimaschutz, wohl nicht vorhanden. Die AfD ist weitgehend aus der Berichterstattung verschwunden. Frau Merkel,

die noch bis vor kurzem die Meinung der Wissenschaft zur Klimakatastrophe weitgehend ignoriert hat, sagt plötzlich, dass man den Wissenschaftlern vertrauen müsse. Die Virologen sagen, was zu tun ist, und die Politik setzt es um. Die „alten“ politischen Entscheidungen wurden oft als „alternativlos“ propagiert und stehen den aktuellen Entscheidungen nun diametral entgegen. Verbote, die weit über die von Herrn Scheuer als gegen den „gesunden Menschenverstand“ verstoßend hinausgehen, werden in Windeseile umgesetzt. Wir können froh sein, dass Friedrich Merz noch keine Gelegenheit hatte, die Rente

auf private Absicherung über Aktien umzustellen.

Wo liegt der Unterschied zwischen der aktuellen Gesundheitskrise und der Klimakatastrophe? Müssen wir nur genügend Angst vor etwas haben, um schnell und zielführend zu reagieren? Haben wir endlich unseren Gegner gefunden, der uns zu solidarischem Handeln animiert (Hamsterkäufer und Spekulanten ausgenommen)? Ist die Klimakrise zu weit weg, die Bedrohung nicht konkret genug? Ich befürchte, dass die Klimakrise jetzt noch weiter in den Hintergrund tritt. Es werden sicherlich alle Anstrengungen unternommen, um die Wirt-

schaft wieder auf den alten, umweltzerstörenden Stand zu bringen (Abwrackprämie). Dabei wäre die Coronakrise ein guter Anlass, um über die ausufernde Marktwirtschaft nachzudenken und endlich mit einer Systemtransformation zu beginnen. Dazu bedarf es einer breiten Bewegung in der Bevölkerung, die nun leider, da wir uns wegen der Ansteckungsgefahr nicht mehr versammeln, wohl so schnell nicht zustande kommt. Aber wir können die Zeit nutzen, um über Alternativen nachzudenken.

Dieter Murmann, Dietzenbach

Diskussion: frblog.de/lehren

SORRY

Im Artikel „Wo gelockert wird – und wo nicht“ (16.4., Seite 2) haben wir Bayerns Ministerpräsidenten Markus Söder im zweiten Absatz zum SPD-Mitglied gemacht. Er gehört natürlich weiterhin der CSU an.

Die Johns-Hopkins-University hat am Mittwoch ihre Fallzahlen für Frankreich nach unten korrigiert. In der Folge tauschte das Land in der Infografik „Fallzahlen nach Staaten“ seine Position mit Deutschland. Leider verpassten wir den Wechsel bei der Zahl der Toten und Genesenen. Das führte unter anderem dazu, dass wir am Donnerstag für Deutschland 15750 Opfer angeführt haben. Richtig wären die 3495 gewesen, die hinter Frankreich stehen.